Nummer 449

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Sonntag, 26. September 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse. die Steuerpraxis. Praxis des Arbeitsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder · Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich. Berlin. Kunst Wissenschaft und Lokales: S. Köppen. Berlin-Steglitz. Anzeigenteil: i. V. Direktor A. Loren. Berlin W 8. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag. Ges. m. b. H. Berlin W 8. Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1926, für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat September 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die gestrige Schlußsitzung des Völkerbundes.

Genf, 25. September.

Die Schlußsitzung der Völkerbundsversammlung, die um 3.20 nachmittags eröffnet wurde, behandelte zunächst den vom Politischen Ausschuß vorgelegten Text einer Internationalen Konvention zur Bekämpfung der Sklaverei. Diese Konvention besteht aus zwölf Artikeln und verpflichtet die Unterzeichner, alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Sklaverei zu ergreifen und auf die endgültige und vollständige Unterdrückung jeder Form von Sklaverei in den unter ihrer Souveränität, ihrer Gerichtsbarkeit oder unter ihrem Schutze stehenden Gebiete hinzuwirken. Außerdem verpflichten sich die Unterzeichner zum Abschluß einer allgemeinen Konvention oder von entsprechenden Sonderverträgen gegen den Sklavenhandel auf den Schiffen und ferner dazu, sich gegenseitig von den ergriffenen gesetzgeberischen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Die Konvention ist bis zum 1. April 1927 allen Völkerbundsstaaten zur Unterzeichnung offen. Nach diesem Termin wird der Generalsekretär des Völkerbundes alle Staaten, auch wenn sie nicht Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sind, zur Unterzeichnung auffordern. Die Konvention tritt für jeden einzelnen Staat mit der Niederlegung der Ratifikationsurkunde beim Völkerbunde in Kraft. Sie ist unter dem heutigen Datum abgeschlossen und geht auf eine von Lord Robert Cecil im vorigen Jahre der Völkerbundsversammlung gemachte Anregung zurück. Sie wurde bereits heute, wie Lord Robert Cecil am Schlusse seines Referates mitteilte, von 24 Staaten unterzeichnet; darunter: Deutschland, England, Australien, Kanada, Indien, China, Persien, Abessinien und sechs mittelamerikanischen Staaten. Der Versammlung liegen zu der Konvention verschiedene Entschließungen vor, die sich für eine möglichste Beschleunigung der Ratifizierung aussprechen, in denen ferner ein weitgehender Abbau der Zwangsarbeit in den Kolonien empfohlen wird und der Völkerbund aufgefordert wird, alljährlich der Völkerbundsversammlung über die gesetzgeberischen Maßnahmen der einzelnen Länder Bericht zu erstatten.

Darauf wurde die Entschließung von der Versammlung einstimmig angenommen.

Um 6.10 hat Präsident Nintschitsch nach einer Schlußansprache die Siebente Ordentliche Völkerbundsversammlung für abgeschlossen erklärt.

In seiner Schlußansprache führte er u. a. aus, daß die Versammlung mit ihren Arbeiten den Willen bewiesen habe, zu konkreten Lösungen zu gelangen. Er erinnerte dabei besonders an die Arbeiten in bezug auf die Weltwirtschaftskonferenz und die Abrüstungskonferenz, deren Bedeutung niemand verkenne, und die bei den Völkern große Hoffnungen erweckten. Es würde Aufgabe der nächsten zwölf Monate sein, auf diesen Gebieten zu positiven Ergebnissen zu kommen. Die beiden Punkte von überragender Bedeutung, die in der abgelaufenen Tagung geregelt worden seien, beträfen die Umbildung des Völkerbundsrates und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dadurch sei eine langwährende Krise glücklich gelöst worden. Die Kritiker, die den Völkerbund lange Jahre als eine einseitige internationale Institution bezeichnet hätten, hätten nunmehr jeden Anlaß zu ihren Nörgeleien verloren. Wir haben, so schloß Präsident Nintschitsch, im Verlaufe dieser Tagung in diesem Saale einem großen Ereignis beigewohnt; wir haben die Völker, die der gräßlichste aller Kriege getrennt hatte, in guter Harmonie nebeneinander sitzen sehen, durch die freie Annahme des Völkerbundspaktes verbunden. Wenn der Völkerbund heute noch nicht universell ist, so hat er doch den Beweis dafür gegeben, daß er es werden kann, und daß er es werden wird.

Die unlösbare Frage des Aufgabenkreises des Völkerbundes.

Schluß der Vormittagssitzung.

Genf, 25. September.

Bei Erledigung der Tagesordnung der heutigen Vormittagssitzung entspann sich zu der Frage der Definition und Abgrenzung des Aufgabenkreises des Völkerbundes, die bekanntlich von Lord Robert Cecil in einem Resolutionsentwurf zu Anfang dieser Tagung verlangt worden war, eine längere Aussprache, bei der Barthélemy-Frankreich die Schwierigkeiten der Unterscheidung zwischen internationalen und nationalen Aufgaben des Völkerbundes betonte und deshalb jede Definition und Abgrenzung des Aufgabenbereichs des Völkerbundes für unmöglich erklärte. Barthélemy empfahl deshalb die Annahme eines vom Rechtsausschuß genehmigten Resolutionsentwurfes, in dem empfohlen wird, daß der Völkerbundsrat oder die Völkerbundsversammlung jeweils auf Antrag eines Völkerbundsmitgliedes entscheiden soll, ob eine bestimmte neu auftauchende Aufgabe in den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes gehört. Benesch dagegen brachte als erster Diskussionsredner einen Antrag auf Vertagung der ganzen Frage auf die nächste Völkerbundsversammlung ein. Lord Robert Cecil stimmte diesem Vertagungsantrag zu, blieb aber bei der Forderung, daß sich der Völkerbund nur mit Materien befassen darf, die unzweifelhaft internationalen Charakter haben. Nachdem der Vertagungsantrag auch von Foster-Kanada unterstützt worden war, stimmte Motta in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechtsausschusses dem Vertagungsantrag ebenfalls zu, worauf die Versammlung im Sinne des Vertagungsantrages entschied.

Zu dem Tätigkeitsbericht der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes, über den der belgische Senator de Brouckère Bericht erstattete, betonte Nansen-Norwegen die Wichtigkeit der Frage der Kompetenz der Mandatskommission, die bekanntlich im Völkerbundsrat und dem zuständigen Versammlungsausschuß eine besondere Rolle spielt, und griff im übrigen seinem Vedauern Ausdruck, daß so ernste Fragen wie sie durch die Verwaltung der Mandatsgebiete und durch die Tätigkeit der Mandatskommission aufgeworfen werden, noch niemals wieder im Ciltempo durchberaten werden mußten. Die von der Versammlung zu dieser Frage ohne weitere Debatte angenommene Entschließung spricht der ständigen Mandatskommission für ihre Hingabe und ihren Eifer, mit denen sie sich der Erfüllung ihrer heiklen Aufgaben widmete, den Dank aus und erklärte, zu den Mitgliedern der Mandatskommission und des Völkerbundsrates das Vertrauen zu haben, daß sie im Geist herzlicher Zusammenarbeit mit den Mandatsmächten die Grundsätze des Artikels 22 der Völkerbundssatzung gewährleisten.

Im übrigen beschloß die Versammlung heute vormittag noch, den norwegischen Antrag auf Einführung eines Proportionalsystems für die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder auf die nächste Völkerbundsversammlung zu vertagen und in der Zwischenzeit durch den Generalsekretär Unterlagen zu dieser Frage sammeln zu lassen, und genehmigte die Arbeiten auf dem Gebiete der Kodifizierung des internationalen Rechts und den Bericht über die Tätigkeit der ständigen Völkerbundskommission für Verkehrs- und Transitfragen.

Montag Abreise der deutschen Delegation.

Die Mitglieder der deutschen Delegation verlassen Genf am Montag vormittag und werden am Dienstag vormittag in Berlin eintreffen.

Die Kommissionsarbeiten der kommenden Woche.

EP Genf, 25. September.

Die bisher stets üblich gewesene Ratssitzung nach Abschluß der Völkerbundsversammlung, die dem Zweck diente, die Beschlüsse der Völkerbundsversammlung zur Durchführung zu bringen, wird diesmal nicht stattfinden, weil keine Beschlüsse der Versammlung vorliegen, die eine solche Sitzung nötig machen. Die meisten Beschlüsse enthalten nur Aufträge für das Sekretariat, die ohne weiteren Ratsbeschluß durchgeführt werden dürfen. Beschlüsse zur Einberufung der Wirtschaftskonferenz und Abrüstungskonferenz sich an die dafür eingesetzten Kommissionen, die selbst ihre Entscheidungen zu treffen haben. So tagt die vorbereitende Abrüstungskonferenz am Montag und Dienstag, um den Antrag Gibson (Vereinigte Staaten) zu erledigen, der, wie berichtet, eine überaus scharfe Kritik der bisherigen Tätigkeit des Militärkomitees enthält. In dieser Sitzung, die ebenfalls ein bis zwei Tage in Anspruch nehme, dürfte die vorbereitende Kommission darüber entscheiden, wann sie zum Abschluß der technischen Vorarbeiten zusammentreten will, um das Programm für die Abrüstungskonferenz aufzustellen, das nach Wunsch der Völkerbundsversammlung Anfang nächsten Jahres den Regierungen zugehen soll.

Die Aussichten des neuen Finanzprogramms.

Von hochgeschätzter Seite wird uns geschrieben:

Schon mit seiner Antrittsrede als Minister — zu Beginn dieses Jahres — hat Dr. Reinhold weit über die Kreise seiner eigenen Partei hinaus Zustimmung gefunden. Er verfündete damals ein Programm der Steuermilderung. Nach den ungeheuren Steuerleistungen, die seitens des gesamten Gewerbes vom Beginn der Marktstabilisierung ab aufzubringen gewesen waren, wirkten die von Dr. Reinhold vorgetragenen Grundsätze geradezu als das erlösende Wort. Selbst wenn die Steuernachfälle nur gering sein sollten, so würde — derart folgerte die Industrie — schon ein Verzicht auf weiteres Anziehen der Steuerschraube unschätzbaren Gewinn für Handel und Wandel bedeuten. Dr. Reinhold hat bisher nicht nur keine Erhöhung der Reichssteuern vorgenommen, sondern tatsächlich — wie man sich erinnern wird — die Umsatzsteuer um 2,5 vom 1000 gesenkt und außer der Gewährung anderer steuerlicher Begünstigungen die besonders unbeliebte sogenannte Reichsluxussteuer beseitigt. Mit diesem Vertrauen, das er als ein Mann, der zu seinen Worte steht, sich gewonnen hat, ist er vor die Versammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hingetreten und hat nunmehr sein allgemeines Wirtschaftsprogramm entwickelt. Es enthielt mancherlei Versprechungen. Aber der Umstand, daß er seiner großen Rede vom Frühjahr auch Taten hatte folgen lassen, gab seinen Zusagen ein besonderes Gewicht. Seine Dresdner Ansprache hat stärkstes Aufsehen gemacht. Dr. Reinhold ist als eine Persönlichkeit gefeiert worden, die in ganz besonderem Maße den Beweis von Führerfähigkeiten auf dem Gebiete der Finanzverwaltung erbracht hat. Das von Dr. Reinhold dargelegte Programm enthält eben einfach die Richtlinien, deren Befolgung sich ein moderner Staat angelegen sein lassen muß, sofern er die Wirtschaft in den Bahnen eines gesunden Privatkapitalismus fördern will. Etwas sckechthin Neues hat die Rede aber nicht gebracht. Man wird sich zur Erklärung des außerordentlichen, Dr. Reinhold zuteil gewordenen Beifalls auch gegenwärtig halten müssen, daß gleichzeitig bei seinen Hörern die Erinnerung an die früheren Reichsfinanzminister mitschwang. Der damalige Reichskanzler Dr. Luther gehört zum Kreis der Deutschen Volkspartei, während Reichsminister von Schlieben deutschnational ist. Beide also zählen zu den Parteien, denen die Pflege und Schonung der Wirtschaft etwas Selbstverständliches ist und die diese Pflege in ihrem Programm stets besonders betont und von jeher gefordert haben. Es ist das Schicksal der genannten Minister gewesen, daß sie in Zeiten schwerster wirtschaftlicher Depression genötigt waren, außerordentlich hohe staatliche Abgaben aus den Betrieben zu entnehmen. Ganz unleugbar ist dadurch in weiten Volkskreisen der völlig falsche Eindruck entstanden, daß diese beiden Persönlichkeiten — gleichsam fingerissen von ihrem Amt — sich in einen Fiskalismus verstrickt hätten, der weitab von den theoretisch stets betonten Grundsätzen ihrer Partei gelegen habe.

Im Gegensatz hierzu wirkte es wie etwas Großes, Neues, daß Dr. Reinhold trotz seiner offiziellen Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei seinem Amte freier gegenüberzustehen, ja selbst verhältnismäßig unabhängig von parteigebundenen Dogmen zu sein scheint.

Wir wollen niemandem entgegen sein, der Dr. Reinhold als Beweis dafür in Anspruch nimmt, daß eine starke Persönlichkeit von ihrem Amte nicht beherrscht wird und daß es vor allem auf den Mann und nicht auf die Parteizugehörigkeit ankomme. Da jedoch die gegenwärtige Finanzgebarung des Reiches sehr häufig im Vergleich mit dem Wirken der beiden früheren Reichsfinanzminister betrachtet wird, kann man der augenblicklichen politischen Situation wohl kaum gerecht werden, ohne gleichzeitig an die Amtsführung der Herren Luther und von Schlieben zu denken. Man hat diesen beiden Persönlichkeiten vor allem vorgeworfen, daß sie Steuern über das tatsächlich gebotene Maß hinaus erhoben, dadurch die Wirtschaft mehr als erforderlich geschädigt und eine nach Lage der Umstände überflüssige, wenn nicht gar verhängnisvolle Thesaurierungspolitik getrieben hätten. Aber man möge sich erinnern, daß der Reichsminister der Finanzen Dr. Luther, nachdem er der Geldentwertung Einhalt geboten hatte, vor einer völlig einzigartigen Situation stand. In den Jahren der ständig wachsenden Inflation waren zwar ungeheure Papiermarkbeträge erhoben, irgendwie meßbare Steuersummen aber nicht eingebracht worden. Es war um die Jahreswende 1923/24 nicht möglich zu erkennen, welche Erträgnisse die einzelnen Steuern künftig abwerfen würden, da jeder Anhaltspunkt für die in den früheren Jahren erzielten Steuerergebnisse fehlte. So mußte eine Zeit aufgestellt werden, gleichsam als ob es eine deutsche Finanzverwaltung überhaupt früher nicht gegeben hätte. Rückschauend wird man gewiß nicht bestreiten können, daß Dr. Luther in mancher Hinsicht zu scharf zugegriffen hat. Insbesondere sind es die sogenannten Abschlußzahlungen sowie die Aufwandsbesteuerung gewesen, deren Auswirkungen weit schroffer waren als es selbst der damaligen Finanzlage entsprach. Die technischen Mängel dieser Abgabenform sind schon seinerzeit sofort von sachverständiger Seite hervorgehoben worden. Aber es handelte sich dabei doch mehr um eine nicht sehr glückliche Verteilung der Abgabelast, als um ungeeignete Bemessung der beizutreibenden Steuergesamtsumme überhaupt. Diese selbst ist vielmehr, wie ohne Bedenken betont werden kann, mit ganz erstaunlicher Sicherheit richtig angesetzt worden. Nur einer so vollkommen eingespielten Behörde, wie es das Reichsfinanzministerium unter dem Staatssekretär Prof. Dr. Popitz ist, konnte es glücken, die Höhe des neu auszuschreibenden Steuern nach intuitiver Schätzung in Einklang mit dem voraussichtlichen Staatsbedarf zu bringen. Da im Falle eines Defizits fast mit logischer Sicherheit eine neue Inflation hereingebrochen wäre, war es eben nötig und selbstverständlich, daß die Steuerbemessung reichlich erfolgte. Ein Generaldirektor, dessen Aktiengesellschaft sich in einer den damaligen Umständen des Reiches ähnlichen Lage befände, würde unzweifelhaft Rückstellungen verlangen, die mindestens so hoch wären, wie die damals vom Reiche überhobenen Steuerbeträge. Auch zur Zeit der Amtsübernahme des Reichsministers der Finanzen von Schlieben war — was noch in aller Erinnerung sein dürfte — die Gefahr eines Wegbrechens der Währung keineswegs als völlig überwunden zu betrachten. Daher ist Schlieben klarblickend und verantwortungsbewußt der damaligen Situation dem Reichsminister der Finanzen nur gerecht geworden, als er eine Steuerreserve — die in Wahrheit recht gering war — für alle Fälle zurücklegte.

Eine ähnlich vorsichtige Finanzpolitik ist gegenwärtig nicht mehr nötig, die Aufgabe Dr. Reinholds ist daher ganz außerordentlich viel leichter als die seiner beiden Vorgänger. Dr. Reinhold hat bei seinem Amtsantritt ein Steuersystem vorgefunden, dessen Erträgnisse feststanden und ihm daher einen Ueberblick gewährten, mit welchen Steuereingängen er in Zukunft rechnen konnte. Er durfte den Mut haben, auf die Ansammlung von Steuergeldern zu verzichten. Sein Verdienst ist es, daß er diesen erlaubten Mut sofort und mit Entschlossenheit betätigt hat. Im übrigen gebietet es die

Auslese, hochklassiges Zigarren-Sortiment:

Perlas 9 cm 30 Pf. Diamantes 9¾ cm 40 Pf. Cremas 11 cm 50 Pf.
Privat 12 cm 60 Pf. Dessert 13 cm 70 Pf.
Perlas in Kisten zu 50, übrige Sorten in Kisten zu 25 Stück.
Pikante, gehaltvolle Art.
Das Feinste in deutschen Zigarren!
Portofreie Zusendung innerhalb Deutschlands von M 20.— an. — Fernspr.: Merkur 5741—2.

OTTO BOENICKE Berlin W 8 Französische Str. 21 sowie Haus am Zoo · Bayerischer Platz 9 · Kochstr. 59 und Königsberg, Kneiphöfsche Langgasse 5

Direkt importierte Havana-Importen (Bock, HenryClay, Upmann etc) in über 100 verschied. Sorten

Hausmarke-Zigaretten zu 3, 4, 5, 6, 8 Pf. Neu herausgebracht.

Simpatica, Cabinets, eine feine, mittelkräftige Sumatra-Qualitäts-Zigarre . . . 25 Pf.

Privatrecht. Coronas Especiales, hochfeine Borneo-Zigarre in Blechdose zu 50 Stück. 20 Pf. à St.